



# HESSISCHER LANDTAG

17.11.2003

Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen

## Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)

Drucksache 16/834

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 71                      Polizeipräsidium Nordhessen

Zu Titel 422 01                      Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen  
und Beamten  
- Laufende Zahlungen -

Der Ansatz von 58.646.300 € wird um  
388.500 € auf 58.257.800 € verringert.

Der Stellenplan 2004 wird wie folgt  
geändert:

Es werden umgesetzt nach Titel 425 01 und  
umgewandelt:

35,5 Planstellen	A 9 Polizei-/Kriminal- kommissar/in
1 Planstelle	A 10 Polizei-/Kriminal- oberkommissar/in
2 Planstellen	A 11 Amtfrau/Amtmann

Begründung:

Durch Maßnahmen der (Plan-) Stellenbewirtschaftung sind eine Reihe von (Plan-) Stellen zum Teil schon seit über 10 Jahren entgegen der vorgesehenen Laufbahn oder Beschäftigtengruppe besetzt. Um den Grundsätzen einer klaren Haushaltsführung Rechnung zu tragen sind die Stellenpläne und -übersichten an die tatsächliche (Plan-) Stellenbesetzung anzupassen und - soweit die tatsächliche (Plan-) Stellenbesetzung nicht bereits in die im Jahr 1999 erfolgte dezentrale Veranschlagung der Personalausgaben eingeflossen ist - die entsprechenden Mittelumsetzungen vorzunehmen.

Wiesbaden, 14. November 2003

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)**